

BRITISCHE GEWERKSCHAFTEN UND KONSERVATIVE REGIERUNG

Wer von England aus die Probleme verfolgt, vor denen die britische Gewerkschaftsbewegung steht, wird nur mit einigem Kopfschütteln auf manche der apodiktischen Behauptungen reagieren können, die *F. W. Schoberth* in seinem Aufsatz „Probleme der heutigen englischen Gewerkschaftspolitik“ (Heft 8/1952) ausspricht. Daß der „Geist *Ramsay Macdonalds* bisher die stärkste Kraft in der Labour Party während der Amtsdauer der Attlee-Regierung und anscheinend auch heute noch in der Opposition“ gewesen sein soll, klingt einigermaßen überraschend für jeden Kenner: der „Geist *Macdonalds*“ symbolisiert eine Politik des innerpolitischen Burgfriedens und der Koalitionsbereitschaft, die in jedem Stadium von der Arbeiterpartei in der Regierung und der Opposition abgelehnt wurde. Daß *Aneurin Bevan* die Partei „offensichtlich noch nicht gespalten hat“, ist wahr; aber die ganze Fragestellung ist verfehlt, da ihm niemand je diese Absicht unterstellt hat. Daß sich *Bevan* in seiner (hier nicht zu erörternden) gegenwärtigen Haltung „besonders auf Gewerkschaftskreise stützt“, steht in offenkundigem Widerspruch zu der Tatsache, daß es gerade der Gewerkschaftsbund ist, der sich als das Zentrum des Widerstandes gegen eine Einstellung erwiesen hat, die man in Ermangelung eines besseren Ausdrucks als „*Bevanismus*“ bezeichnet. Sicherlich erfreut sich *Bevan* der Unterstützung einiger kleinerer und zweier größerer Verbände innerhalb des Gewerkschaftsbundes, aber die großen Organisationen und insbesondere *Bevan*s eigener Verband, die Bergarbeiter, bekämpfen seine Politik scharf. Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß in Margate hat die von ihm vertretene Politik sehr schlecht abgeschnitten. Manche von *Schoberth*s Formulierungen sind einfach unverständlich, so wenn er sagt, daß die „Haltung der Gewerkschaften entscheidend“ sei, „da dem ständigen Planungsausschuß“ — gemeint ist wohl der Parteivorstand der Arbeiterpartei — „sowohl *Morrison* wie *Bevan* angehören, der rechte und der linke Flügel sich also vergleichen müssen, und das Schwergewicht auch weiterhin auf dem Nationalisierungssektor und im Sozialbereich liegt“. In einem Land, in dem die Gewerkschaften mit mehr als acht Millionen Mitgliedern die stärkste organisierte Kraft darstellen, ist ihre Haltung immer und unter allen Umständen entscheidend. Das gilt natürlich noch mehr für eine politische Partei, von deren sechs Millionen Mitglieder fünf Millionen als Kollektivmitglieder von den Gewerkschaften eingebracht wurden. Auf dem „Sozialbereich“ liegt immer und überall das Schwergewicht. In der Frage einer eventuellen Fortführung des Nationalisierungsprogramms sind sowohl innerhalb der Arbeiterpartei als auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung die Ansichten geteilt. Einerseits findet *Schoberth*, es habe „sogar gelegentlich in den Nachkriegsjahren Schwierigkeiten in der Wirtschafts- und Lohnpolitik“ gegeben, „da sich die Gewerkschaften nicht eindeutig auf eine ideologische Linie festlegten“, andererseits bemerkt er aber, daß sie sich „gewollt oder ungewollt während der Amtszeit der Labourregierung auf eine politische Linie mitverantwortlich festgelegt“ hätten, und fügt hinzu, daß „eine reinliche Rückkehr zu völliger ideologischer Ungebundenheit“ nicht mehr möglich sei. Aber zurückkehren kann man doch nur zu einer Haltung, die man früher eingenommen hat! Eine parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften, eine „völlige ideologische Ungebundenheit“ hat es jedoch in Großbritannien nie gegeben. In keinem Lande der Welt sind die Nachkriegsjahre ohne *alle* Schwierigkeiten in der Wirtschafts- und Lohn-

politik vorübergegangen, aber die *verhältnismäßig* geringen Schwierigkeiten, denen sich Großbritannien diesbezüglich gegenüber sah, waren eine Folge der objektiven Weltlage, nicht jedoch eine Folge dessen, daß sich die Gewerkschaften „nicht eindeutig auf eine ideologische Linie“ festgelegt haben sollen. Sie haben es getan und dadurch dem Lande viele Schwierigkeiten erspart, sie haben sich mit ihrem ganzen Gewicht hinter die Politik der Arbeiterregierung gestellt, auch dort, wo diese zu wenig populären Schritten gezwungen war; sie haben ihre Sache mit der der Arbeiterregierung identifiziert und es damit erst möglich gemacht, daß sich der Regenerationsprozeß der Nachkriegsjahre ohne alle die üblen Begleiterscheinungen abspielte, die kapitalistische Sanierungen kennzeichnen. Englands Wirtschaft wurde erneuert, die Produktion auf vorher nie gekannte Höhen gehoben, nicht *obwohl*, sondern *weil* Regierung und Gewerkschaftsbund sich auf eine Politik absoluter sozialer Gerechtigkeit, eine Politik der Vollbeschäftigung und der gerechten Anteile für alle festgelegt hatten. Da die Massen der arbeitenden Menschen richtig erkannten, daß ihnen die Arbeiterregierung den Arbeitsplatz und den gegenüber der Vorkriegszeit durchschnittlich um 20 vH. höheren Reallohn garantierte, waren sie auch bereit, die ihnen von der Gewerkschaftsbewegung empfohlenen Opfer zu tragen, durch die ihnen diese Errungenschaften für alle Zukunft gesichert werden sollten.

Auch die Behauptung, Labour habe „die Klassenstruktur im wesentlichen unberührt gelassen“ und nur „krasse Ungleichheiten eingeebnet“, hält näherer Prüfung nicht stand.¹⁾ Die Vervierfachung der Zahl der Personen, die „normale“ Einkommen zwischen 250 und 1000 Pfund haben, und das Zusammenschrumpfen des zahlenmäßigen Umfangs der Menschenkategorie, der nach der Besteuerung mehr als 6000 Pfund verbleibt, auf *ein* Prozent infolge der labouristischen Steuerreform — das spricht eine deutliche Sprache. Die alte Klassenstruktur wurde dadurch natürlich nicht beseitigt, aber würde sie überall in der Welt im gleichen Maße „unberührt gelassen“, könnten die arbeitenden Menschen in ganz anderer Weise die Früchte ihrer Arbeit genießen, als es heute der Fall ist.

Wie alles auf dieser Welt, war auch das Labourexperiment nicht ohne Unzulänglichkeiten und Halbheiten. Sie zu leugnen, hätte keinen Sinn, auch wenn man der Auffassung zuneigt, daß man ihnen nur in einer Gesamtbeurteilung gerecht werden kann, die die positiven Seiten ebenso wie die negativen sowie ihre gegenseitige Bedingtheit behandelt. Bemerkungen aber, wie die, daß es Labour versäumt habe, „die Initiative der politisch Denkenden in den nationalisierten Industrien, in den Gewerkschaften und den Kooperativen anzustacheln“ oder, daß die „Gewerkschaftsfunktionäre zu langsam arbeiten“, so daß es schwer gewesen sein soll, „Verbindung zur gelebten Wirklichkeit zu halten“, sind in ihrer generalisierenden Oberflächlichkeit falsch und erschweren eine seriöse Auseinandersetzung.

„Es wäre eine Tragödie“, meint Schoberth, „wenn die Frage der sozialen Dienste zu einem Instrument parteipolitischer Parlamentsauseinandersetzungen würde“. An anderer Stelle spricht er wieder von der „angekündigten und zum Teil schon sichtbaren Verschlechterung der Sozialdienste“. Hier ist es wieder schwer, den Gedankengängen des Autors zu folgen. „Sozialdienste“ ist eine nicht sehr glückliche Übersetzung des englischen Begriffes „Social Services“; gemeint sind die Leistungen der Sozialversicherung im weitesten Sinn des Wortes. Sie waren als ein ausgesprochen politisches Problem immer Gegenstand (wenn auch nicht Instrument) „partecipolitischer Parlamentsauseinandersetzungen“.

1) Vgl. hierzu den Aufsatz des Verfassers „Der Erdrutsch innerhalb des britischen Volksvermögens“ „Gewerkschaftliche Monatshefte“ Nr. 1/1951, Seite 52 ff.

gen“, sie waren es durch Jahrzehnte, bis die Arbeiterregierung gegen die Stimmen der Konservativen die Sozialversicherung der gesamten Bevölkerung und den (unentgeltlichen) Staatlichen Gesundheitsdienst verwirklichte. Schoberth hat recht, wenn er sagt, daß die Konservativen heute sich nur aus taktischen Gründen hinter diese Errungenschaften stellen; aber warum sollte es eine „Tragödie“ sein, wenn Labour im Wege „parteilichter Parlamentsauseinandersetzungen“ versucht, Verschlechterungen zu verhindern? Es ist eine sehr bezeichnende Tatsache, daß die Konservativen bisher nur gewagt haben, die Unentgeltlichkeit des Gesundheitsdienstes in einer prinzipiell abzulehnenden, aber praktisch nicht allzu harten Weise zu durchlöchern. Hingegen haben sie die Sozialversicherung nicht angetastet und als teilweise Kompensation für die von ihnen herbeigeführte Erhöhung der Lebenshaltungskosten die Leistungen erhöht. Das zeigt, daß auch reaktionäre Kräfte in einer konsolidierten Demokratie nicht wagen können, die Arbeiterschaft allzusehr herauszufordern.

Was Schoberth über die angeblichen Verpflichtungen der Labour Party als Mitglied der Sozialistischen Internationale und der Gewerkschaften „innerhalb der antikommunistischen Gewerkschaftsinternationale“ sagt, ist nahezu wörtlich einem Aufsatz von *Cole* entnommen. Bei aller Achtung vor Professor Cole und dessen Lebenswerk muß man sich aber davor hüten, jedes Wort, das er einmal geschrieben hat, als Offenbarung zu betrachten. Die Labour Party hat keinerlei politische Verpflichtungen gegenüber der Sozialistischen Internationale, und der IBFG befindet sich nicht, wie dessen Pressechef in einer vom „New Statesman“ abgedruckten Antwort an Professor Cole festgestellt hat, auf einem „weltweiten antikommunistischen Kreuzzug“. „Der einzige internationale Kreuzzug, auf den sich der Bund begeben hat“, heißt es in dieser Erklärung, „richtet sich gegen Armut, Hunger und Krankheiten und verteidigt die Gewerkschaftsfreiheit, wo sie bedroht ist. Das bringt uns naturgemäß in Gegensatz zu den kommunistischen Diktaturen wie zu denen Francos und Perons.“

„Die Partnerschaft zwischen der gegenwärtigen Regierung“, meint Schoberth, „und den Gewerkschaften ist praktisch zu Ende.“ Hier sind wir beim Kern der Sache angelangt. Eine Partnerschaft zwischen der Regierung *Churchill* und den Gewerkschaften hat es nie gegeben. Trotzdem hat die veränderte Stellung der Gewerkschaften, die überragende Stellung, die sie sich unter der Arbeiterregierung erkämpfen konnten, angesichts des Regierungsantritts der Konservativen neue Probleme aufgeworfen. In England ist es eben heute so, daß der Präsident des Bergarbeiterverbandes ein mächtigerer Mann ist als der Premierminister, daß aber ersterer von seiner Macht den sparsamsten und verantwortungsvollsten Gebrauch macht. Als die Konservativen mit weniger Stimmen als die Arbeiterpartei, aber mit mehr Mandaten an die Regierung kamen, hat der Gewerkschaftsbund eine Erklärung herausgegeben, die die Bereitschaft zu sogar freundschaftlicher Zusammenarbeit mit der Regierung *Churchill* bekundete. Das wurde erst auch in den eigenen Reihen nicht widerspruchslos aufgenommen. Die Gewerkschaften wollten aber nichts anderes tun als den Gedanken ausdrücken, daß sie die durch demokratische Wahlen zustande gekommene Regierung eines demokratischen Landes loyal anerkennen, auch wenn diese ihren Vorstellungen nicht entspricht. Das konnte selbstverständlich nie bedeuten, daß die Gewerkschaften darum ihre Pflicht, die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer mit Nachdruck und natürlich mit Bedacht auf die Gesamtinteressen des Landes wahrzunehmen, irgendwie vernachlässigen würden.

Es muß zugegeben werden, daß sich *Churchill* äußerlich zunächst sehr bemühte, das natürliche Mißtrauen der Arbeitnehmerschaft gegenüber seiner Regierung nicht überflüssig zu verstärken. Zum Arbeitsminister berief er nicht

irgendeinen Scharfmacher, sondern einen angesehenen Rechtsanwalt, der politisch kaum je hervorgetreten war und der auch alles daransetzt, die Gewerkschaften nicht zu verärgern. Die Regierung Churchill hält die demokratischen Spielregeln ein und konsultiert den Gewerkschaftsbund ebenso wie die Organisation der Arbeitgeber. Aber das bezieht sich nur auf die Form und nicht auf den Inhalt. Die Gewerkschaftsbewegung wollte nicht den ersten Stein werfen und hat abgewartet. Inzwischen haben die Konservativen in offenem Bruch aller Wahlversprechungen die staatlichen Zuschüsse zur Niedrighaltung der Lebensmittelpreise abgebaut und damit die Lebenshaltungskosten in die Höhe getrieben. Um das zu verhüllen, hat der konservative Schatzkanzler *Butler* die Erhöhung der Leistungen der Sozialversicherung zugestanden und auch bei der Einkommensteuer Konzessionen gemacht, die zwar den Menschen mit großen Einkommen mehr zugute kommt als den Arbeitern und Angestellten, die aber doch gewissen Arbeiterschichten kleine Erleichterungen bringen. Sie wiegen die Verteuerung der Lebenshaltung nicht auf, aber sie zeigen, daß nach sechs Jahren Labour-Regierung ein offen und eindeutig antisozialer Kurs nicht möglich ist. Dafür wollen aber die Konservativen die Verstaatlichung der Stahl- und Eisenerzeugung rückgängig machen und versuchen, hier die Gewerkschaften einzufangen, indem sie ihnen bei der Neuorganisation dieser Industrie eine gesetzlich verbürgte Position einräumen wollen. Die Gewerkschaften gehen aber nicht in die Falle und haben gegen diese Absicht sowie gegen die weitere, den Gütertransport auf lange Strecken wieder der privaten Initiative in die Hände zu spielen, schärfste Opposition angekündigt. Der letzte Gewerkschaftskongreß verpflichtet eine künftige Arbeiterregierung, diese Schritte, falls sie zur Tat werden sollten, wieder rückgängig zu machen und die Unentgeltlichkeit des Gesundheitsdienstes wiederherzustellen. Trotz der konservativen Provokation mit der mutwilligen Verteuerung der Lebensmittel hat der Gewerkschaftskongreß die staatsmännische Besonnenheit aufgebracht, den angeschlossenen Verbänden weiter Mäßigung bei Lohnforderungen zu empfehlen.

Wie man sieht, versucht die mit sehr labiler Mehrheit arbeitende Regierung Churchill ihre wahren und natürlich antisozialen Ziele hintenherum durchzusetzen. Andererseits ist es natürlich, daß sich innerhalb der sich ihrer Stärke und Schlagkraft bewußten Gewerkschaftsbewegung Tendenzen bemerkbar machen, die nach außerparlamentarischen Aktionen gegen die unsoziale Politik der gegenwärtigen Regierung rufen. Es spricht für das hohe Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften, daß diese Tendenzen, für deren Entstehung man nicht nur „kommunistische Machenschaften“ verantwortlich machen muß, nicht an die Oberfläche gelangen können. Sie wurden vom letzten Gewerkschaftskongreß verworfen, und auf dem Parteitag der Labour Party in Morecambe haben zwei gewerkschaftliche Sprecher, *Deakin* von den Transportarbeitern und *Lawther* von den Bergarbeitern, es ausdrücklich abgelehnt, durch wilde Streikaktionen die Möglichkeiten zu verschütten, auf dem demokratischen Wege der Stimmenabgabe wieder eine Labour-Regierung zu bekommen. Hier zeigt sich, wer der wahre Hüter der Demokratie ist. Churchill sündigt, weil er sich dessen sicher ist, daß der Gewerkschaftsbund alle Energien aufwenden wird, um einem Anwachsen antidemokratischer Strömungen Einhalt zu gebieten. Das ist von ihm, dessen Pflicht es wäre, Erschütterungen des Glaubens an die Demokratie nicht zuzulassen, zweifellos unverantwortlich. Aber die britischen Gewerkschaften schrecken vor keinem Opfer und vor keiner unpopulären Parole, die sie in den Verdacht des „Bremsens“ bringen könnte, zurück, wenn es ernstlich gilt, die Grundlagen der Demokratie zu schützen, die allein ihnen eine Gewähr dafür zu bieten scheint, daß der arbeitende Mensch sein Recht erhält.